

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Bejenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Der Krieg, seine wirtschaftlichen Wirkungen und Lehren.

Was im Anfange des Krieges von wenigen für möglich gehalten wurde, ist nun Tatsache: Wir stehen im dritten Kriegsjahr. Was in den vergangenen beiden Jahren geschehen ist, gehört der Weltgeschichte an und was in dieser Zeit an Ereignissen, Erlebnissen und seelischen Eindrücken auf uns eingestürzt ist, wird, bei aller Vergesslichkeit, die nun auch einmal ein geistiges Charakteristikum des Menschengeschlechts ist, doch von denen, die diese Zeit mit erlebt, bis an das Ende ihrer Tage unvergessen bleiben. Was in dieser kampfburchwühlten Gegenwart geschieht, ist mehr als ein Krieg im Sinne der Vergangenheit. Die Maßstäbe dieses Kampfes sind über alles Dagewesene hinausgewachsen und das Leben der Völker ist in jeder Beziehung und auf allen Gebieten von Grund auf erschüttert. Noch schwankt die Waage des Völkerschicksals; denn auch jetzt, im Anfang des dritten Kriegsjahres, läßt sich noch immer nicht das Ende dieses schweren Ringens voraussehen. Diese ernste Erkenntnis ist die einzige Gewißheit, die uns die gegenwärtige Stunde gibt, so stark auch unsere Sehnsucht nach dem Frieden und unser Ruhebedürfnis ist. Und noch viel weniger läßt sich jetzt, inmitten des schwersten Kampfes, auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit erkennen, was die Zukunft bringen wird. Alles Zukünftige schwankt noch, um alles Zukünftige wird noch gekämpft, und noch nirgendwo sind die Fundamente gesichert, auf die wir von neuem aufbauen können. Und wir werden nach dem Kriege viel zu tun haben an der Wiederbelebung unserer inneren Entwicklung und an der Aufrichtung unseres Wirtschaftslebens. Dieser Krieg scheint bis an das Ende der Kräfte, bis zum völligen Zusammenbruch des Besiegten gehen zu wollen; aber auch der Sieger wird im wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Sinne auf Trümmern stehen. Und über Europa wird nach diesem Kriege die Ruhe der Erschöpfung kommen, die den politischen Brandstiftern und Wegelagerern auf längere Zeit hinaus die Möglichkeit zu neuen Unternehmungen nimmt. Die an dem Kampfe beteiligten Völker werden an ihrem inneren Wiederaufbau lange Zeit zu tun haben. Auch wir. Denn die ganze Tragik und Größe dieses Krieges wird sich uns erst später offenbaren, wenn die Spannung des katastrophalen Gegenwartserlebens von uns genommen ist und wir das Geschehene von der Grundlage des Kriegsergebnisses aus und aus der Perspektive der Vergangenheit übersehen können. Und dann werden sich die wirtschaftlichen Folgewirkungen und die finanziellen Konsequenzen des Krieges einstellen. Wie wir diese Nachwirkungen überwinden werden und wie unser wirtschaftliches Verhältnis zu andern Völkern sich gestalten wird, das hängt in der Hauptsache vom Ergebnis des Krieges ab. In gegenwärtiger Stunde läßt sich hierüber nichts voraussehen. Aber wir wissen, daß es unsern Gegnern, vor allem England, dem Bankier der feindlichen Mächte, nicht nur auf unsere militärische Niederwerfung, sondern auch auf unsern wirtschaftlichen Zusammenbruch ankommt. Und England ist reich und zäh und hat viele Helfer in der Welt.

Zumitteln der auf- und abwogenden Kriegsentwicklung müssen wir alle Zukunftsfragen noch auf sich beruhen lassen. Wohl aber können wir aus dem bisher Geschehenen, aus den Einwirkungen des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse so manche Lehren ziehen, die für die Zukunft die Wegweiser für neu einzuschlagende Richtungen sein sollten. Es ist in diesem Kriege manches anders gekommen, als es im Anfang als wahrscheinlich angenommen wurde. Das gilt in erster Linie auf die lange Dauer des Krieges, sodann auf die tief einschneidenden Wirkungen, die der Krieg auf unser wirtschaftliches Leben ausübte. Eine Erkenntnis, deren Tragweite wir mit der Dauer des Krieges immer empfindlicher auf dem allerwichtigsten Gebiet, der Ernährungswirtschaft, zu fühlen bekamen, ist die, daß unsere eigene Landwirtschaft

nicht imstande ist, das deutsche Volk mit der eigenen Produktion ausreichend zu ernähren. Es waren falsche Propheten, die das früher behaupteten. Wir müssen den gegenwärtigen Zustand unter dem Druck der Not ertragen; denn in der jetzigen Lage haben wir auf keine Hilfe von außen her zu rechnen. Welche enormen Zuschüsse an Lebens- und Futtermitteln wir aber früher aus dem Auslande bezogen haben, das lehrt uns die Gegenwart, in der uns diese Zuschüsse fehlen und der Mangel uns zu starker Entbehrung und Einschränkung zwingt. Auf die Dauer wäre ein solcher Zustand nicht zu ertragen, und wenn eine Lehre aus dieser Zeit der Not sich nachwirkend auf die Zukunft erhalten wird, so ist es die, wie sehr wir in unserer Ernährungswirtschaft auf die Einfuhr ausländischer Produkte angewiesen sind. Gewiß liegen in bezug auf die gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel arge Mißgriffe, Verschämnisse und fehlerhafte Dispositionen vor, gewiß hat dieser Krieg die schon früher vorhandenen Gegensätze zwischen Stadt und Land infolge der Gestaltung der Ernährungsverhältnisse noch verschärft, aber die Quelle aller Uebel und Störungen und die Ursache der wirtschaftlichen Teuerung ist doch der Mangel an Produkten, der mit der längeren Dauer des Krieges immer empfindlicher in die Erscheinung trat. Während des ersten Kriegsjahres wurden wir uns nicht bewußt, in welchem starkem Grade wir in unserer Ernährung vom Auslande abhängig waren. Der Beginn des Krieges fiel in die Zeit der Ernte, und die Vorräte, die der freie Handel neben andern Waren auch an Nahrungsmitteln aufgestapelt hatte, waren so bedeutend, daß wir auf eine lange Reihe von Monaten hinaus von diesem Zuschuß zehren konnten. Aber mit der längeren Dauer des Krieges erschöpften sich die Vorräte und jetzt, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, gehen sie zu Ende. Und damit wird die Ernährungsfrage immer ernster. Wie sehr unsere Landwirtschaft insbesondere in der Viehproduktion versagt, erkennen wir an dem jetzigen Zustande der Fleisch- und Fettknappheit, und der Grund des Übels ist auch hier das Fehlen der ausländischen Futtermittel. Wenn die durch den Krieg, vorwiegend durch Englands Machtmittel uns aufgezwungene Einschränkung auch noch nicht so weit geht, daß sie der beabsichtigten Aushungerung entspricht, so ist der Zustand unserer Ernährungswirtschaft doch ernst genug, um uns erkennen zu lassen, daß wir auf die Dauer mit unserer Eigenwirtschaft nicht auskommen, und daß wir, wie auf vielen andern Gebieten, so hauptsächlich auch in der Ernährung, auf die Zufuhr aus andern Ländern sehr stark angewiesen sind. Und die Erfahrungen, die wir jetzt machen, sind so bitter, daß es undenkbar erscheint, sie könnten nach dem Kriege wieder vergessen werden. Man kann es nicht glauben, daß Deutschland noch einmal einen solchen Krieg zu führen gezwungen sein wird, aber auf alle Fälle wird unsere Ernährungswirtschaft in Zukunft doch auf eine solidere Basis der Selbständigkeit gebracht werden müssen, und auf alle Fälle müssen wir auf die Möglichkeit künftiger Kriege in wirtschaftlicher Beziehung, namentlich aber auf dem Gebiete der Vorratswirtschaft, besser vorbereitet sein, als es bei Ausbruch des jetzigen Krieges der Fall war. Im Krieg und im Frieden muß sich die Regierung in Zukunft in stärkerem Grade als in der Vergangenheit der Verantwortlichkeit für die ausreichende Ernährung des Volkes bewußt werden. Hierzu gehört auch eine Kontrolle der Preisbildung, die das Ueberwiegen der Produzenteninteressen auf dem Wirtschaftsmarkt verhindert. Eindringlicher als je zuvor ist es jetzt in dieser Kriegszeit erwiesen worden, daß die große Masse des Volkes in der Ernährungsökonomie auf Gnade und Ungnade dem nicht genügend kontrollierten Erwerbssinn einer Minderheit von Produzenten und Händlern ausgeliefert ist.

Daß der jetzige Krieg in mancher Beziehung unsere Eigenproduktion zu stärkerer Leistung veranlaßte, und daß er namentlich die städtische Bevölkerung vielfach zur Bearbeitung der Scholle erzog, ist eine der Kriegsercheinungen, von der für die Zukunft manches zu erhoffen ist. Denn auch im engen Verhältnis der Klein- und Lauben-

wirtschaft läßt sich für die Ernährung mancher Zuschuß erzielen. Wir haben in der Vergangenheit, insbesondere aber auch jetzt in der Kriegszeit, gesehen, wie sehr die Produktion dem Konsum in der Interessenvertretung überlegen ist. Die Produktion tritt solidarisch und mit Mitteln des Kapitals und der Organisation auf den Wirtschaftsmarkt, der Konsum löst sich in hilflose Einzelkäufer auf, die der Produktion machtlos gegenüberstehen. Auch da, wo der Konsum organisiert ist, wird er machtlos, wenn die Produktion versagt oder wenn sie die Erzeugnisse absichtlich zurückhält. Die Macht hat, wer das Produkt, das Wertobjekt des Handels, in der Hand hat. Die Ernährungsfrage in ihrem Zusammenhange und in ihrer ganzen Tragweite betrachtet, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine der stärksten Möglichkeiten, der Macht der Produktion auf dem Lebensmittelmarkt zu begegnen, darin besteht, den Eigenbedarf bis zur möglichen Höhe durch Eigenproduktion zu decken. Das wirksamste Mittel zur Entlastung des Konsums ist die Beteiligung an der Produktion. Der Konsum muß im kleinen Maßstab zur Eigenwirtschaft, in großen Verhältnissen zur Gemeinwirtschaft übergehen, wenn er sich gegenüber der Preisdiktatur der berufsmäßigen Nahrungsmittelproduktion, deren Direktive auf das Geldverdieney ausgeht, wirksam schütten will. Vielleicht hat dieser Krieg manches zu einer schärferen Erkenntnis dieser Notwendigkeit beigetragen.

E. Sch.

Gewerkschaften und Pariser Beschlüsse.

e. Vor Monatsfrist tagten in Paris die Vertreter der Staaten, mit denen wir Krieg führen und erörterten die wirtschaftlichen Maßnahmen, die sie nach dem Kriege durchführen wollen, um Deutschland möglichst schwer zu schädigen und seinen Ueberseehandel zu unterbinden. Es wurden viele Beschlüsse gefaßt, welche in der Hauptsache folgende Forderungen enthalten:

Bei allen künftigen Handelsverträgen ist Deutschland von der Meistbegünstigung auszuschließen;

die deutschen Waren sind bei ihrer Einfuhr in die Staaten der Verbündeten mit Strafzöllen zu belegen;

die Zufuhr von Rohstoffen, deren Deutschland bedarf, ist nach Möglichkeit fernzubalten;

Deutschland ist vom Patentschutz und Urheberrecht in den verbündeten Staaten auszuschließen.

Jede einzelne dieser vier Bestimmungen ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Klausel über die Meistbegünstigung ist nach und nach zu einem selbstverständlichen Teile fast aller Handelsverträge geworden. Sie besagt, daß die Länder, welche den Vertrag abschließen, sich gegenseitig versprechen, im Verkehr untereinander sofort die geringeren Zollsätze oder sonstige Einfuhrerleichterungen einzutreten zu lassen, sobald solche einem dritten Staate zuerkannt worden sind. Wird also zwischen Deutschland und Rußland vereinbart, für den Doppelzentner einer bestimmten Ware seien M 3 Zoll bei der Einfuhr nach Rußland zu zahlen und Rußland schließt nach Inkrafttreten dieses Vertrages mit irgend einem andern Lande einen Tarif ab, nach welchem für den Doppelzentner gleicher Ware nur M 2 Zoll zu erlegen sind, so tritt dieser geringere Zollsatz ohne weiteres auch im Verkehr mit Deutschland in Wirksamkeit. — Hat die Pariser Wirtschaftskonferenz beschlossen, in Zukunft Deutschland von der Meistbegünstigung auszuschließen, so würde die Durchführung dieses Vorhabens natürlich von schwerwiegendem Einfluß auf die deutschen Arbeitsverhältnisse sein; denn 1913, dem letzten Jahre mit normalen Handelsbeziehungen, führte Deutschland nach England für 1450 Millionen Mark Waren aus, nach Frankreich für 800 Millionen, nach Rußland für 900 Millionen, nach Italien für 400 Millionen und nach Portugal für 50 Millionen; ferner nach den Besitzungen unserer Gegner in Afrika für 150 Millionen, in Asien für 300 Millionen, in Amerika für 65 Millionen und in Australien für 90 Millionen. Das sind Ziffern, in denen erhebliche Arbeitsleistungen stecken und deren Weg-

fall die industrielle Produktion Deutschlands empfindlich schädigen würde. Die Drohung, noch über das Versagen der Meistbegünstigung hinaus die deutschen Waren mit Strafzöllen zu belegen, uns die unentbehrlichen Rohstoffe (Baumwolle, Kautschuk usw.) zu entziehen und deutschen Erfindungen den Patentschutz vorzuenthalten, brauchte gar nicht hinzuzukommen. Die Verweigerung der Meistbegünstigung würde schon für sich allein genug Schaden anrichten.

Auch diese Suppe wird jedoch nicht so heiß gegessen werden, wie sie vom Herde kommt. Haben die gegnerischen Länder uns bisher Waren abgekauft, so geschah das nicht aus Freundschaft und liebenswürdiger Gefinnung, sondern weil sie unsere Waren brauchten, wie wir auch ihnen Waren abkauften, weil es unser Vorteil war. Und hat der Krieg auch allen Warenaustausch zertrümmert, so darf doch angenommen werden, daß nach dem Kriege die alten Bedürfnisse sich wieder geltend machen und zur Wiederanknüpfung der früheren Beziehungen führen. Wir brauchen also die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht allzu tragisch zu nehmen. Gleichwohl wäre es kurzichtig, die starke Feindschaft gegen Deutschland, die aus den Maßnahmen spricht, unbeachtet zu lassen. Denn die Teilnehmer an der Konferenz waren nicht zusammengelaufene Privatpersonen, sondern Beauftragte ihrer Regierungen, und am 2. August hat sich im englischen Unterhause der Premierminister Asquith in ganz auffälliger Weise mit den Pariser Beschlüssen einverstanden erklärt. Er meinte, die Beschlüsse seien gegen die deutschen Handelsmethoden notwendig geworden und führte dann weiter aus:

Nach dem Kriege werde Deutschland den Plan der wirtschaftlichen Durchdringung wieder aufnehmen und dabei über sehr beträchtliche Vorteile verfügen. Seine mächtige Handelsflotte liege augenblicklich sicher in den eigenen Häfen oder in denen neutraler Länder. Die Deutschen organisierten schon jetzt den Vorstoß auf die Märkte des Bierverbandes und für eine siegreiche Wettbewerbung in neutralen Ländern. Die verbündeten Mächte hätten sich untereinander verpflichtet, den feindlichen Ländern (also Deutschland und Oesterreich) die Behandlung auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu verweigern. Das bedeute, daß für diese Periode ein Entgegenkommen, das die Verbündeten einander erweisen würden, nicht auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgedehnt werden solle. Außerdem würden die Verbündeten in der Zeit der Erholung vom Kriege ihre Hilfsmittel unter Bedingungen austauschen, die die Maßregeln Deutschlands, sich Vorräte und Material aus den neutralen Ländern zu sichern, durchkreuzen würden. Alle deutschen Vorrechte, die vor dem Kriege bestanden, wie beispielsweise das Metallvorrat in Australien, müßten verhindert werden, und das englische Handelsamt sei bereits eifrig an der Arbeit, Pläne zu entwerfen, um uns von der Zufuhr aus Feindesland unabhängig zu machen.

Was Asquith noch über die „Bestrafung“ Deutschlands gesagt hat, kann übergangen werden. Jedenfalls hat er sich nicht nur vollständig einverstanden erklärt mit dem Programm der Pariser Wirtschaftskonferenz, sondern wir haben aus seinem Munde auch erfahren, daß er mit seinen Verbündeten bereits feste Abmachungen in der gedachten Richtung getroffen hat und daß seine Ministerien bereits an der geschickten Formulierung der Aussperrungspolitik arbeiten. Das zwingt uns, die Angelegenheit ernst zu nehmen. Wichtig ist zwar, daß mehrere englische Blätter, die die Auffassungen der englischen Handelswelt vertreten, mit Entschiedenheit gegen den „Krieg nach dem Kriege“ Stellung genommen haben. Ebenso fest steht aber auch, daß die schützöllnerische Strömung in England — die Durchführung der Pariser Programms würde einen völligen Bruch Englands mit seiner bisherigen Freihandelspolitik bedeuten — schon seit beinahe zwei Jahrzehnten angeschwollen ist, seit dem Kriege auf weiteren raschen Zuwachs blicken kann und alles dransetzen wird, die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung sich dienstbar zu machen für Anerkennung der Pariser Forderungen, die ganz auf dem Wege ihres wirtschaftlichen Zieles liegen.

Gewiß! Auch der englischen Ziege werden die Hörner nicht bis in die Wolken wachsen. Wir wissen indes, daß England der energischste unter unsern Gegnern ist und daß ihm dank seiner jahrhundertelangen Weltbeherrschung wirtschaftliche und politische Machtmittel zur Verfügung stehen, die sehr wohl imstande sind, der deutschen Ausfuhr ernste Schwierigkeiten zu bereiten und schwere Nachteile zuzufügen. Es ist darum angebracht, wenn die deutschen Arbeiter der weiteren Entwicklung unserer wirtschaftlichen Auslandspolitik erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, müßte eine Einschränkung unseres Außenhandels mit Industrieprodukten außerordentlich nachteilig auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit auf unser Gewerkschaftsleben einwirken. Hat der deutsche Arbeiter auch keinen Einfluß auf

die Regierungen der feindlichen Staaten, so können wir doch allen Bestrebungen im eigenen Lande entgegenreten, die geeignet sind, die feindliche Stimmung im Auslande gegen uns unnötig zu verschärfen und dadurch die Ausführung der Pariser Abmachungen zu erleichtern.

Verbandswirtschaft im Kriege.

Lebenshaltung im Krieg und Frieden. Im „Reichsanzeiger“ vom 16. August finden wir folgende beachtenswerte Darlegungen:

Die Statistische Abteilung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hat im April dieses Jahres eine Erhebung über die Lebenshaltung (Lebensmittelposten und -verbrauch usw.) unter Beteiligung von 70 Bezirks- und Ortsausschüssen und rund 4000 Haushaltungen aller Bevölkerungskreise veranstaltet und im Juli diese Erhebung wiederholt. Das hierbei gewonnene Material ist mit Unterstützung städtischer Statistischer Ämter gesichtet und das Ergebnis für die einzelnen Städte teilweise schon verwertet worden. Jetzt liegt eine vergleichende vorläufige Veröffentlichung vor, in der die Ergebnisse der Erhebung für zehn deutsche Städte (Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe, Münster i. W., M.-Gladbach, Neuß, Offenbach, Konstanz), denen der Friedenserhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1908 gegenübergestellt sind. Aus dieser Veröffentlichung ergibt sich im Durchschnitt für eine vierköpfige Familie die folgende Steigerung der monatlichen Ausgaben für einige wichtige Lebensmittel und Verminderung des monatlichen Verbrauchs dieser Lebensmittel gegen 1908:

Gruppierung der Lebensmittel	Mehr- (+) bzw. Minder- (-) Ausgaben im Monat		Minder- (-) bzw. Mehr- (+) Verbrauch im Monat	
	absolut in Mark	in Prozenten	absolut in Gramm	in Prozenten
Brot und Backwaren ...	+ 5,60	+ 46,90	- 19234	- 35,49
Kartoffeln	+ 5,69	+ 236,14	+ 17873	+ 50,02
Butter, Margarine, Fette	+ 6,45	+ 68,39	- 2565	- 46,78
Fleisch, Fleischwaren	+ 5,92	+ 28,79	- 7373	- 56,14
Fische, auch geräucherte	+ 5,07	+ 390,00	-	-
Eier	+ 6,57	+ 248,86	- 7 Stck.	- 14,00
Milch	+ 2,08	+ 24,64	- 16,2 l	- 29,88
Käse	+ 2,97	+ 226,71	- 2	-
Kaffee und Kaffee-Erfaß	+ 3,76	+ 188,94	- 441 g ²	- 36,23

¹ Im Frieden nicht ermittelt. ² Nur Bohnentaffee.

Im ganzen waren für die genannten Lebensmittel trotz sehr erheblicher Verminderung des Verbrauchs monatlich M 44,11, das sind 73,47 pZt., mehr ausgegeben als im Friedensjahre 1908.

Kartoffelwinte für die nächste Zukunft. Die Reichskartoffelstelle weist in einem Schreiben an den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen darauf hin, daß die Bedarfs-Kommunalverbände es unterlassen hätten, durch Abschluß entsprechender Verträge, wie sie in den Bedingungen der Reichskartoffelstelle vorgesehen sind, den Abwurf und die Anlieferung von Kartoffeln so zu regeln, daß eine Ueberlieferung vermieden wird. — Man sollte diesen Fingerzeig nicht unbeachtet lassen und auf Grund der letzten schlimmen Erfahrungen schleunigst die nötige Fürsorge treffen. Die Uebersehverbände werden sich sicher auch dort gern zu nachträglichen Zugeständnissen bereit erklären, wo die Verträge an sich bereits abgeschlossen sind.

Fortdauernde Bauernverhehung. Von den Verteidigern rücksichtslosesten landwirtschaftlichen Höchstgewinnes wird immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vorzeitige Herabsetzung der Frühkartoffelpreise die Landwirte arg schädigen und ihr Vertrauen zu den Regierungsmaßnahmen schmälern müsse. Zur Begründung heißt es dann, es sei am 2. März ein Höchstpreis von M 10 festgesetzt worden — der als Normalpreis gelten sollte. (Deutsche Tageszeitung“ Nr. 402.) Das ist eine grobe Irreführung der Erzeuger wie der Verbraucher, die zu einer Verhehung der Bauern führen muß. Denn in der Bekanntmachung heißt es wörtlich: „Die im Abschnitt 1 festgesetzten Höchstpreise gelten nicht für Frühkartoffeln aus der Ernte 1916. Der Preis für den Doppelzentner inländischer Frühkartoffeln darf beim Verkauf durch den Erzeuger M 20 nicht übersteigen. Als Frühkartoffeln gelten Kartoffeln, die vor dem 15. August 1916 geliefert werden. Die Gemeinden sind zur Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Frühkartoffeln berechtigt, aber nicht verpflichtet.“ Ebenso anmaßlich ist es, wenn dasselbe Blatt am 3. August (Nr. 393) davon spricht, daß den Erzeugern nach Zweck und Sinn der Verordnung zweifellos ein Preis von M 10 „zustände“. Aber die Verhehung der Landbevölkerung geht noch weiter: In ihrer Nr. 417 stellt die „Deutsche Tageszeitung“ von neuem die gerade jetzt auch in den Städten, wenn auch in entgegengesetzter Richtung als auf dem Lande, aufreizend wirkende Behauptung auf, daß alle jetzt festgesetzten Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Grunde genommen eine Unterwertung bedeuten und damit den Landwirt schädigen, weil er bei normaler Preisbildung wesentlich mehr bekommen würde. — Wie lange soll auch diese Piraterie der öffentlichen Meinung noch andauern?

Beachtenswertes für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige.

a) Unentgeltliche Krankenscheine für berufstätige Heeresangehörige? Diese Frage hatte für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige bereits Unannehmlichkeiten zeitigt, trotzdem schon durch Erlass vom 15. September 1915 die Militärärzte Anweisung hatten, auf Ersuchen von versicherten kranken Heeresangehörigen die Krankenscheine unentgeltlich auszustellen. Erneut hat nun die Medizinalabteilung des preussischen Kriegsministeriums dem Provinzialverbande der schlesischen Ortskrankenkassen auf Anfrage unter dem 14. Juni 1916 mitgeteilt, daß der obenerwähnte Erlass auch heute und fernerhin zu gelten

hätte. Sollten sich dennoch Militärärzte finden, die entgegengekehrt handelten und für die Ausfüllung der Krankenscheine von den Heeresangehörigen Bezahlung verlangten, so wäre Mitteilung unter Namensnennung des Arztes und Anführung des Truppenteiles an die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums erforderlich, wo sofortige Abhilfe angeordnet werden dürfte. — Die Kriegsteilnehmer mögen vorstehendes beachten, damit bei eventueller Erkrankung und Inanspruchnahme der Krankenkassen nicht unnütze Ausgaben für die Ausfüllung der Krankenscheine gemacht werden, die im Familieninteresse besser verwendet werden könnten.

b) Ist bei Fehlgeburt, Frühgeburt und Totgeburt Wochenhilfe zu gewähren?

Trotzdem durch Bescheid des preussischen Ministers des Innern über obige Frage teilweise Klärung erfolgt ist, entstehen häufig dennoch Zweifel bei Antragstellung der Wochenhilfe. Nach der Bekanntmachung vom 23. April 1915 ist zu der Frage, ob bei Tot-, oder Fehlgeburten die Wochenhilfe zu gewähren sei, zu bemerken, daß nicht die Absicht obwaltete, jede Fehlgeburt der Niederkunft gleich zu behandeln. Die Entscheidung darüber, in welchem Grade Früh- und Totgeburten dem regelrechten Geburtsakte gleichzustellen wären, ist deshalb den Spruchinstanzen überlassen worden. Es soll aber bei diesen Entscheidungen davon ausgegangen werden, daß als Entbindung nach der angeführten Bekanntmachung das Gebären eines lebenden Kindes — auch wenn es nicht lebensfähig oder wenn es eine Frühgeburt ist —, sowie das Gebären eines ausgetragenen toten Kindes zu gelten habe. Dagegen soll der Abgang der Frucht vor der vollen Reife nur dann als Entbindung angesehen werden, wenn das Kind erst unmittelbar vor oder während der Entbindung stirbt. Es würde also zum Beispiel eine Niederkunft nicht als Entbindung angesehen werden können, wenn im vierten oder fünften Monat der Schwangerschaft die Frucht abgetrieben, also noch nicht ausgetragen war. Die Wöchnerinnen könnten in solchen Fällen keine Wochenhilfe beanspruchen. Würden diese aber selbst in einer Krankenkasse versichert sein, so wäre natürlich der Anspruch auf Krankenhilfe durch die zuständige Krankenkasse zu gewähren, andernfalls würden diese Wöchnerinnen leer ausgehen müssen. — Durch vorstehende Erklärungen dürfte weitere Klärung bei Beantragung der Wochenhilfe bei Fehl-, Früh- und Totgeburten erfolgt sein, weshalb man diese beachten wolle. R. V.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Erhöhung

der Teuerungszulage am 1. September 1916.

Am 1. September tritt auf Grund der in Berlin am 3. Mai getroffenen Vereinbarung die dritte Rate der Kriegszulage in Kraft. Die Erhöhung des Lohnes beträgt von diesem Tage: in allen Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern 1/3, in allen übrigen Orten 2/3 Zulage. Gehören Tariforte mit weniger als 5000 Einwohnern nach dem Tarifvertrage zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes oder haben sie nur neunstündige Arbeitszeit, so sind in solchen Orten ebenfalls 2/3 Zulage zu zahlen. Die Kontrolle über die Durchführung dieser Vereinbarung erfolgt in der Zeit vom 1. bis 19. September durch besondere Feststellung.

Feststellung der Arbeitszeit und der Stundenlöhne im September 1916.

In der Zeit vom 1. bis 19. September findet im ganzen Verbandsgebiet eine Feststellung über die Löhne und die Arbeitszeit statt. Die Gauleiter stellen den Zahlstellen die Fragebogen zu und diese senden sie nach erfolgter Feststellung wieder an die Gauleiter zurück. Die Gauleiter werden die Zahlstellen über die Art der Feststellung informieren, so daß ein Eingehen auf den Fragebogen sich hier erübrigt. Wir richten aber an alle Zahlstellenvorstände und an alle Verbandskameraden das dringende Ersuchen, bei der Feststellung mit tätig zu sein und dafür zu sorgen, daß ein lückenloses Material geschaffen wird.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 27. Aug. bis 2. Sept. ist die 27. Beitragswoche					
" " " 3. Sept. " 9. " " " 28. "					
" " " 10. " " 16. " " " 29. "					
" " " 17. " " 23. " " " 30. "					
" " " 24. " " 30. " " " 31. "					

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Ganvorstände.

Agitationsbericht.

Im Juli und August ist der Agitation erhöhtes Augenmerk geschenkt worden. Vor allem galt es, anregend zu wirken, damit die Zahlstellen die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege leiteten. Diese Anregungen erfolgten teils schriftlich, teils mündlich. Die Agitationsarbeiten selbst sind noch nicht allenthalben vollendet, vielfach fehlt es in den Zahlstellen an geeigneten Personen dafür. So sehr bedeutend sind aber auch die noch zu erzielenden Erfolge nicht mehr; in hier in Frage kommenden Orten ist sozusagen alles organisiert, bis auf wenige Ausnahmen, die nur sehr schwer, teils auch gar nicht für die Organisation zu gewinnen sind. Das trifft zum Beispiel für Ahlhorn zu, wo zwei Unorganisierte (frühere Tischlermeister) nicht zu bewegen sind, sich dem Verbande anzuschließen, obwohl sie gern an den Erfolgen des Verbandes teilnehmen. Auch die Zimmerer der Firma Ziegler stehen der Organisation noch fern. In Brake ist zurzeit nur ein organisierter Zimmerer beschäftigt. Es sind nur Bild-

arbeiten vorhanden; die Unternehmer helfen sich mit Lehrlingen durch. Dort wohnen noch drei Zimmerer, die schon vor dem Krieg für den Verband nicht zu haben waren und auch jetzt noch nicht zu haben sind. In Bremerbörde wohnen noch zwei Zimmerer, die aber nicht im Beruf arbeiten. Die Arbeiten am Sparfassenneubau dortselbst konnten nicht in Bremerbörde vergeben werden, weil alle Zimmermeister eingezogen sind. In Buxtehude, wo keinerlei Baulätigkeit vorhanden ist, waren Zimmerer nicht zu ermitteln. Die Zahlstelle Bremen hat mit Hausagitation eingeseht, die bereits einigen Erfolg gezeitigt hat, bis jetzt aber noch nicht abgeschlossen ist. Auch in Delmenhorst ist die Agitation mit gutem Erfolg betrieben worden. 23 Zimmerer aus Delmenhorst waren am 17. Juli in Bremen beschäftigt; einer davon war nicht organisiert. In Emden ist der Zahlstellenvorstand reichlich jaghaft, er erwartet von einer Agitation kaum irgendwelchen Erfolg, weil er Befehlungen des früheren Zahlstellenkassierers noch nicht für vergessen hält. Emden hat indes eine große Zukunft, auch an Arbeit fehlt es nicht. Deshalb sollte hier keinen Augenblick mit der Agitation gezögert werden. Hoffentlich läßt der Vorstand seine Gedanken fallen. In Harsefeld sind weder Zimmerer, noch ist Arbeit vorhanden. In Hever, wo eine einigermaßen gute Arbeitsgelegenheit herrscht, erhielten die Zimmerer nicht die Zulage. Die Unorganisierten wurden schriftlich zum Eintritt in den Verband aufgefordert. Ueber den Erfolg ist bisher nicht berichtet. In Lüneburg sollen die Unorganisierten ebenfalls zunächst schriftlich auf die Organisation aufmerksam gemacht werden. Von einer Hausagitation versprechen sich die dortigen Kameraden nicht viel. Hinzu kommt, daß das einzige Vorstandsmitglied auswärts beschäftigt ist und nur wenig für die Zahlstelle tun kann. Hier wird Hilfe notwendig sein. In Nordensham arbeiten alle Kameraden in berufsfremden Betrieben. Arbeitsgelegenheit im Beruf ist gar nicht vorhanden. In Oldenburg betreibt der Vorstand die Hausagitation, da aber keine Mitglieder vielfach auswärts arbeiten, dürfte es auch hier ohne Hilfe kaum abgehen. In Stade herrscht lediglich gute Arbeitsgelegenheit. Unorganisierte Zimmerer sind nicht vorhanden. Geplagt wird darüber, daß sich die zur Arbeit beurlaubten Kameraden nicht anmelden. Im übrigen besteht in Stade ein gut kameradschaftliches Verhältnis. In Winsen sind noch zwei Kameraden beschäftigt, vier andere arbeiten in den Dörfern der Umgegend. Für die Agitation kommt niemand in Frage. In den Zahlstellen Cuxhaven, Helgoland und Wilhelmshaven ist ein Besuch ohne Ausweis nicht möglich. Die Zahlstellen Bremerhaven und Leer wurden bereits im zweiten Quartal zur Agitation angehalten. In Aurich und Norden sind zwar die Zahlstellen aufgelöst, doch sollen dort jetzt wieder Zimmerer beschäftigt werden. Hier wird baldigt nachzuhelfen sein.

In allen Zahlstellen sollten die Vorstände und Mitglieder keine Gelegenheit zur Agitation verpassen. Die Arbeit, die sie nun einmal mit sich bringt, darf nicht geschont werden. Irrendwelsche Bedenken stehen der Agitation nicht entgegen; nutzen wir daher die Zeit, wir sichern uns dadurch zukünftige Erfolge. **H. Steffen, Bremen.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. (Resultat der statistischen Erhebungen vom 19. Juli 1916.) Ermittelt wurden 229 Arbeitgeber und 1629 Zimmerer. In 169 Zimmererbeziehungsweise Baugeschäften arbeiteten 1035 Zimmerer, in 36 Fabrikbetrieben 174, in 10 Flugzeugbetrieben 131 und in 11 andern Betrieben 29 Zimmerer; zusammen 1369 Zimmerer. Außerhalb des Berliner Lohngebietes waren 191 Kameraden beschäftigt; davon in Ostpreußen 11, in Russisch-Polen 14 und in Frankreich ein Zimmerer. Arbeitslos waren 23, krank oder invalid 28, selbständig arbeiteten 6 und 12 Kameraden hatten den Fragebogen so mangelhaft ausgefüllt, daß er nicht zu werten war. Von den ermittelten Zimmerern gehörten 1192 oder 73 pZt. unserm Zentralverband an, und zwar 1144 der Zahlstelle Berlin und 78 andern Zahlstellen. 114 Zimmerer oder 7 pZt. waren im Verein der Zimmerer organisiert. 27 gehörten andern Organisationen an, 10 hatten ihre Organisation nicht angegeben und 286 oder 18 pZt. waren unorganisiert. Von den 1369 im Berliner Lohngebiet beschäftigten Zimmerern erhielten an Stundenlohn:

60 Mann 51 bis 94	152 Mann 106 bis 110
635 " 95 " 14 " 111 " 115 "	
311 " 96 " 100 " 40 " 116 " 120 "	
89 " 101 " 105 " 11 " 121 " 140 "	
37 Mann hatten die Lohnhöhe nicht angegeben. In Tagelohn standen 13 Mann, die M 5,50 pro Tag erhielten, in Wochenlohn 7 Mann, und zwar erhielten 3 Mann M 37,50, 2 Mann M 42,50, ein Mann M 48 und ein Mann M 70. Von den außerhalb des Berliner Lohngebietes beschäftigten Zimmerern erhielten	
3 Mann 50 bis 94	10 Mann 111 bis 120
86 " 95 " 8 " 121 " 130 "	
26 " 96 " 100 " 2 " 131 " 150 "	
12 " 101 " 110 "	

Ein Mann erhielt M 50 Wochenlohn und für 43 Mann war die Lohnhöhe nicht angegeben. Das vorliegende Material gibt kein vollständiges Bild. Von 1228 Mitgliedern unserer Zahlstelle haben nur 955 den Fragebogen ausgefüllt wieder zurückgeliefert. Es gibt leider auch in unsern Reihen noch Kameraden, die alle Vorteile der gewerkschaftlichen Tätigkeit sehr gern für sich in Anspruch nehmen, aber für das Wohl und die allgemeinen Interessen unserer Mitglieder recht wenig Verständnis bekunden. Trotzdem gewährt die Statistik mancherlei Einblicke. So zeigt sie zum Beispiel, welchen enormen Einfluß der Krieg auf unser Gewerbe selbst ausübt. Nicht allein, daß eine Reihe bekannter Berliner Baufirmen so gut wie gar keinen Mann beschäftigen, es mußten auch zusammen 334 Kameraden in berufsfremden Betrieben arbeiten, und zwar 295 als Zimmerer. Weiter zeigt die Aufnahme, daß von den 1369 im Berliner Lohngebiet beschäftigten Kameraden 635 den am Tage der Aufnahme gültigen Tariflohn von 95 S erhielten, 618 erhielten einen höheren und 79 Mann erhielten einen niedrigeren als den Tariflohn. Unter

lektoren befinden sich einige Junggesellen sowie Kameraden, die in Brauereien, Theatern und Fabriken beschäftigt sind. Ferner ist durch die Aufnahme festgestellt, daß trotz des nun schon zwei Jahre dauernden Weltkrieges das Organisationsverhältnis der Zimmerer Berlins und der Vororte in seinem Kern intakt geblieben ist. Freilich, vieles könnte besser sein. Es zeugt von keiner durchgreifenden Agitationsarbeit für unsern Verband, wenn, wie ermittelt worden ist, noch 286 Berufsangehörige sich um die Pflicht, organisiert zu sein, herumdrücken können. Recht schlimme Zustände in dieser Beziehung wurden festgestellt bei folgenden Firmen: A. E. G. (Ober-Schönweide), Aktiengesellschaft für Bauausführungen (Charlottenburg), Arndt (Charlottenburg), Baumgarten (Schöneberg), Borzig (Tegel), Eichhoff (Charlottenburg), Engelhardt & Bornstein, Gesellschaft für Untergrundbahnen, Feld & Franke, Arthur Müller (Charlottenburg), Siemens & Halske und Schlundt, Vorkagener Straße. In diesen zwölf Betrieben allein wurden zusammen 113 indifferente Zimmerer gezählt, ohne die, die von der Statistik nicht erfaßt worden sind. Wir haben also noch ein reiches Agitationsfeld zu beackern. Wiegestaltig und unvernünftig sind oft die Schwierigkeiten, die man unserer gewerkschaftlichen Agitationsarbeit hindernd in den Weg stellt. Diese Schwierigkeiten müssen aber überwunden werden. Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist es doppelt und dreifach unsere Pflicht, den Indifferenten den Wert und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unausgesetzt vor Augen zu halten und ihnen klar zu machen, wie dringend notwendig eine einheitliche Berufsorganisation für die Arbeiter ist. Dieser Nachweis wurde in trefflicher Weise unlängst auch wieder vom „Vorwärts“ geführt, der schrieb: „Wer die Fachpresse verfolgt oder die Auszüge in Arbeiterzeitungen nachliest, muß sehr bald die Ueberzeugung gewinnen, daß gerade während der Dauer des Weltkrieges die Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen, in reichem Maße erfüllt haben. Wir erinnern nur an die Tarifbewegungen in den verschiedensten Gewerken, an die durch die Verbände errungenen Leuzungszulagen, an die von den Gewerkschaften gewährten Unterstützungen und an die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Gewiß sind alle wirtschaftlichen Erfolge im Zeichen der Lebensmittelerzeugung nicht ausreichend. Aber wie würde es aussehen, wenn wir keine oder nur schwache Organisationen hätten, und um wieviel besser stände es, wenn alle erwerbstätigen Personen ihren zuständigen Gewerkschaftsorganisationen angehörten.“ Mögen die Mitglieder, insbesondere aber alle Funktionäre unserer Zahlstelle, bei jeder sich bietenden Gelegenheit in diesem Sinne für unsern Verband agitieren.

Wlogau. Die hiesige Zahlstelle hielt am 16. August ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte sie das Andenken des im Felde gefallenen Kameraden Georg Kiedel Raschen in üblicher Weise. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde für richtig befunden. Alsdann erstattete der Kartellbelegierte den Bericht von der letzten Sitzung in ausführlicher Weise. In Verbandsangelegenheiten besprach Kamerad Grandke die Agitation innerhalb der Zahlstelle. Wenn diese mehr als bisher gefördert werden solle, so sei es Pflicht eines jeden Kameraden, der hier am Orte arbeite, ob jung oder alt, dafür zu sorgen, daß die Organisation gestärkt werde und die Zahlstelle zu erhalten und ihre Errungenschaften zu verteidigen, damit, wenn unsere Kameraden aus dem Felde heimkehren, sie alles in bester Ordnung wieder vorfinden. Unter „Verschiedenes“ wurde auch auf den 1. September hingewiesen. Kamerad Hermann Lange ermahnte die Anwesenden, die Worte zu beherzigen und mit ganzer Kraft sich dem Verbands zur Verfügung zu stellen und das Arbeitsfeld der Agitation mit auszubauen. Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat nachstehende Eingabe, betreffend Gefährdung des wirtschaftlichen Friedens im Baugewerbe infolge widersprüchlicher Haltung der obersten Reichsbehörden, an den Stellvertreter des Reichstanzlers, Herrn Dr. Helfferich, gerichtet:

Beim Ablauf des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe im Frühjahr 1916 hat das Reichsamt des Innern sich zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens im Reiche in dankenswerter Weise bemüht, eine Vereinbarung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der Bauarbeiter-Zentralverbände über die Verlängerung des Vertrages herbeizuführen. Die Vereinbarung, die für die Bauarbeiter eine sehr hohe Leuzungszulage festsetzte, kam nur zustande, weil das Reichsamt des Innern den Arbeitgeber die Zulage gab, es würde bei den bauenden Behörden des Reiches und der Bundesstaaten darauf hinwirken, daß den durch Bauverträge gebundenen Baugewerbetreibenden die Zulagen zurückerstattet werden, soweit sie bei Uebernahme der Arbeiten noch nicht vorauszuhaben waren. Die Arbeitgeber haben selbstverständlich angenommen, daß die übrigen Reichsämter und die Ministerien der Bundesstaaten, vor allem das Reichsamt, der Einwirkung des Reichsamtes des Innern stattgegeben würden, leider sehen sie sich aber nach den ihnen auf ihre Erstattungsanträge von den bauenden Behörden überall zugehenden ablehnenden Bescheiden in ihrer Erwartung getäuscht.

Es ist wohl an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen ihre Haltung nun endlich in Uebereinstimmung mit der Zulage des Reichsamtes des Innern bringen, sonst dürfte in Arbeitgeberkreisen jedes Vertrauen zu diesem Reichsamt als Vermittler bei künftigen Lohnstreitigkeiten verloren gehen. Viele Arbeitgeberverbände erwägen bereits den Rücktritt von der für ihre Mitglieder infolge der Haltung der Behörden undurchführbar gewordenen Vereinbarung, andere wollen den Weg der Klage beschreiten, weil sie es für ein Gebot der guten Sitten erachten, daß Reich und Staat die Folgen des Eingreifens des Reichsamtes des Innern auf sich nehmen und nicht ihre Beauftragten unter den auf Grund dieses Eingreifens erforderlichen Mehraufwendungen leiden lassen.

Es könnte in dieser ersten Zeit in weiten Kreisen des Mittelstandes viel Erbitterung und in den kommenden

Wochen viel Unfrieden vermieden werden, wenn den vom Reichsamt des Innern als berechtigt anerkannten Wünschen des Baugewerbes von den übrigen Reichsämtern und besonders von der gemeinschaftlichen Reichskriegsverwaltung umgehend Rechnung getragen würde.

In Ehrerbietung

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Bund deutscher Zimmermeister hat am 16. Juli in Würzburg eine „Kriegsagung“ abgehalten und sich dabei auch mit der Frage „Kriegszulagen“ beschäftigt, worüber die „Deutsche Zimmermeisterzeitung“ in ihrer Nr. 33/34 vom 19. August berichtet:

Zu diesem Thema hatte Herr Ambs-Freiburg das einleitende Referat übernommen. Er führte folgendes aus: Wenn wir die Wirkungen überschauen, die der Krieg auf den verschiedensten Gebieten des Erwerbslebens hervorgerufen hat, so sehen wir zunächst, wie die Schwerindustrie Millionen verdient, was nur zu wünschen ist, weil wir sonst nicht die Erfolge erzielt hätten, die zu verzeichnen waren. Wir sehen andererseits aber auch die Leichtindustrie, die ihre Betriebe zum Teil einstellen mußte. Ähnlich sind die Verhältnisse im Handwerkerstand, speziell im Zimmergewerbe, gelagert. Ueberall da, wo der Zimmermeister Gelegenheit hatte, Kriegszulagen auszuführen, wird jeder einzelne es freudig begrüßen, daß man den Verhältnissen Rechnung trägt. Auf der andern Seite, wo derartige Arbeiten nicht zu erlangen waren, wo die betreffenden Handwerksmeister lediglich auf ihre seitherige Kundenschaft angewiesen waren, wo der Mangel an intelligenten Arbeitern in den Vordergrund tritt, wo die noch ganz jugendlichen und die alten Arbeiter die Kalkulation erschweren, da werden die Kriegszulagen eine andere Aufnahme finden als bei den bestergestellten Betrieben. Ich bin kein Gegner der Kriegszulagen, aber wenn man sieht, in welcher Weise die Kriegszulagen seitens des Reichsamtes des Innern in Verbindung mit den Verbänden genehmigt worden sind, so muß man sagen, daß hier der Ausgleich fehlt. Es heißt wohl, die Behörden sind angewiesen, die Kriegszulagen zu bezahlen, aber man macht überall die Erfahrung, soweit ich es beurteilen kann, daß die Behörden den Kriegszulagen das nötige Verständnis nicht entgegenbringen. Die Kriegszulage, verbunden mit der Unzulänglichkeit der jetzigen Arbeiter, verteuert ganz gewaltig die Arbeit und entzieht demjenigen, der nur auf Kundenschaft angewiesen ist, die Arbeit, weil sie entweder zurückgestellt oder ganz unterlassen wird. Auf der andern Seite zeigt sich die gewaltige Organisation unserer Zimmerleute. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir wohl nicht damit rechnen dürfen, daß die Kriegszulagen je wieder wegfallen werden. Nach dem Kriege werden sich die Verhältnisse nicht so rasch ändern, wie man glaubt. Hier ist ein scharfer Fingerzeig für uns. Wir wollen die Arbeiterorganisation nicht befämpfen, aber wir wollen mehr als je uns ein Beispiel daran nehmen, was durch eine kräftige und starke Organisation, die in jedem Dorf, in jeder Stadt mit Nachdruck auftreten kann, erreicht wird. Es ließe sich noch manches Wort über die Kriegszulagen sagen, aber wir werden sie nicht aus der Welt schaffen. Wir werden sie bezahlen müssen, um den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Aber sie soll uns ein Fingerzeig sein, mehr als bisher unser ganzes Streben auf wirtschaftlichem Boden aufzubauen und uns ein Beispiel zu nehmen an den uns gegenüberstehenden Organisationen, sonst werden wir nicht imstande sein, bei den Behörden durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Herr Erdmann-Erfurt bemerkt, es sei zu bebauern, daß die Kriegszulage in dieser Höhe auch den jungen Gesellen bezahlt werden müsse, die nichts leisteten. Die Junggesellen würden auch noch durch die Fabriken verdorben, wo die Leute mehr Geld verdienen, als ihnen ein Meister bezahlen könne. Es sei ungerecht, daß im Reichsamt des Innern nicht die Zulagen für das Zimmerhandwerk verhandelt worden sind. Im Frieden müsse dies wieder abgeändert werden. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister beziehungsweise der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe habe gefündigt. Der Lohn der Junggesellen springe jetzt gleich zu bedeutend in die Höhe. Dadurch werde den jungen Leuten die Lust zur Weiterbildung genommen. Der Redner weist ebenfalls auf die Schwierigkeiten derjenigen Zimmermeister hin, die auf Privatkundenschaft angewiesen sind.

Herr Bauer-Mürnberg hat in den Ausführungen des Herrn Ambs die Anregung vermißt, der Bund solle beim Reichsamt des Innern vorstellig werden. Es scheine, daß die Gewerbetreibenden die Kriegszulage lediglich aus ihrer Tasche bestreiten müßten. Der Staat und die Behörden hätten die Verpflichtung, die ausgelegten Zulagen wieder zurückzuerstatten. Bei der Stadt Nürnberg habe es Mühe gekostet, bis eine Erhöhung von 1 bis 2 S bewilligt wurde.

Bundesvorsitzender Eckhardt betont ebenfalls, daß niemand entgegenkommender sei als die Zimmermeister in dieser teuren Zeit. Die Teuerung sei aber so außerordentlich, daß man die Kriegszulage unter allen Umständen gewähren müsse. Bedauerlich sei nur, daß die Zimmermeister die Zulage wieder aus ihrer Tasche bezahlen müßten. Los würde man die Zulagen nicht mehr; denn die Teuerung werde auch nach Friedensschluß nicht gleich aufhören. In einzelnen Städten dürften die Zulagen wieder zurückerstattet werden. So habe die Stadt Cassel eine entsprechende Zusicherung gegeben.

Herr Rodemeyer-Würzburg ist der Ansicht, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bei der Festsetzung der Teuerungszulagen zu schablonenmäßig gearbeitet habe. In erster Linie müßten die örtlichen Verhältnisse maßgebend sein. In Würzburg würden seit Mai Teuerungszulagen bewilligt. Die Vereinigung Würzburg gebe die Zulagen auf Grund der örtlichen Verhältnisse gemäß den Sätzen, die die Stadt in ihren drei größten Betrieben bezahle. Die Würzburger Vereinigung habe mit ihrer Maßnahme eine förmliche Revolution heraufbeschworen. In der nächsten Zeit würden die übrigen städtischen Betriebe nachfolgen. Die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse sollten bei der Bemessung der Teuerungszulagen maßgebend sein. In Würzburg lebe man zum Beispiel halb so billig wie in Berlin.

Bundeskassierer Kutterer-Ludwigshafen weist darauf hin, daß es nicht recht ist, daß die Zimmermeister auch

nach Berufsgenossenschafts-, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zahlen müssen. Wenn die Arbeiter wenigstens etwas von der Zulage hätten. Auch die Haushaltung der Zimmermeister sei teurer geworden, aber nach dem Arbeitgeberfrage kein Mensch. Man müsse auch überlegen, was die Angehörigen der Handwerker bekommen, die im Felde stehen.

Herr Amts-Freiburg gibt zu, daß es gut wäre, wenn der Bund zu ferneren Kriegszulagen Stellung nehmen würde.

Herr Bauer-Nürnberg weist darauf hin, daß namentlich diejenigen, die staatliche Arbeiten ausführen, durch die Kriegszulagen betroffen werden.

Bundesvorsitzender Ehardt steht auf dem Standpunkt, daß man versuchen müsse, wieder eine Staffelung der Arbeitslöhne herbeizuführen. Aber diese Frage könne nicht jetzt erledigt werden. Das müsse der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bewerkstelligen. Aber man sollte sich wenigstens an alle Behörden wenden und durchzusetzen versuchen, daß die Behörden die Kriegszulagen bezahlen. Bei den Berufsgenossenschaften sei im Augenblick nichts zu machen. Das Reichsamt des Innern habe sich allerdings auf den Standpunkt gestellt, daß die Rücklagen der Berufsgenossenschaften zur Bezahlung der Verwaltungskosten nicht verwendet werden könnten.

Herr Erdmann-Erfurt vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß das Zimmerhandwerk weitere Kriegszulagen nicht tragen kann.

Damit schließt die Debatte. Der Vorsitzende konstatiert, daß die Versammlung mit der Behandlung der Angelegenheit in dem angeregten Sinne einverstanden ist.

Man sieht hieraus, daß auch die organisierten Zimmermeister keine Freunde der so notwendigen Leuerungszulagen sind. Ihre Zahlung beruht lediglich auf der Kraft unseres Verbandes, darum sollte jedes Verbandsmitglied bestrebt sein, diese zu stärken.

Biologische Gedanken zum Krieg.

Die Biologie ist die Lehre vom Leben, von der Entstehung der Beschaffenheit, den Funktionen und den gegenseitigen Beziehungen der organischen Wesen, zu denen als höchstentwickeltes auch der Mensch gehört. Die Naturforschung hat erwiesen, daß diese organischen Wesen in ihren so sehr verschiedenen Gestalten nicht auf einen Schöpfungsakt, sondern auf einen allmählichen Entwicklungsvorgang zurückzuführen sind, von dessen Zeitdauer wir uns gar keine rechte Vorstellung machen können. Ursprünglich war das Leben auf der Erde nicht vielgestaltig; es waren nur einzellige Wesen vorhanden, aus denen sich später mehrzellige entwickelten, und als dies geschehen war, war auch der Anlaß zur Hervorbringung der mannigfaltigsten Formen gegeben. Neue Formen entstanden, alte gingen unter. Die Möglichkeit dieser Entwicklung ist gegeben durch die Tatsachen der Variabilität der Organismen oder Lebewesen, der Vererbung der Eigenschaften einer Generation auf die andere sowie der „Auslese“, welche die Erhaltung der an die Umwelt am besten angepassten Individuen bewirkt. Die natürlichen Entwicklungsgesetze der Variabilität, Vererbung und Auslese gelten auch für den Menschen, doch hat es der Mensch, dank der hohen Ausbildung seines Verstandes in seiner Macht, die natürlichen Entwicklungsgesetze bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen. Er kann nicht nur Pflanzen und Tiere züchten, sondern auch auf die „Zucht“ seiner eigenen Art in beträchtlichem Maße einwirken, indem er Personen mit bestimmten Eigenschaften in der Fortpflanzung begünstigt oder benachteiligt, das heißt, er muß künstliche (willkürliche) Auslese an die Stelle der natürlichen treten lassen.

Tatsächlich haben die Menschen durch gewollte Handlungen bisher erst ganz selten die Entwicklung der eigenen Art zu bestimmen getrachtet. Häufig aber haben gewollte Handlungen die Entwicklung menschlicher Gemeinwesen tiefgreifend beeinflusst, ohne daß auf diese Beeinflussung abgesehen wurde — sie war eine unbeabsichtigte Nebenwirkung. Auch vom Kriege, der bisher noch niemals zum Zwecke der biologischen Beeinflussung der Menschen unternommen wurde, wird allgemein angenommen, daß er die beteiligten Menschengemeinschaften in biologischer Beziehung beeinflusst, Veränderungen in ihrer körperlichen und geistigen Eigenart nach sich ziehen kann. Aber die Meinungen darüber, die sich in dieser Sache in Wort oder Schrift äußerten, gehen weit auseinander. Die einen nehmen an, der Krieg habe einen positiven Auslesewert, er führe zur Erhaltung der Lichzigeren. Der entgegengesetzte Vertreter dieses Gedankens ist wohl der Münchner Gelehrte Wilhelm Schallmayer, der seinerzeit bei Gelegenheit des Kruppischen Preiswettstreits über den Einfluß der natürlichen Entwicklungsgesetze auf die Völker und Staaten den ersten Preis erhielt; er ist auch der Verfasser einer Schrift über den „Krieg als Züchter“. Die Ansichten Schallmayers und seiner Gleichgesinnten sind jedoch zweifelsohne falsch. Der Krieg schädigt oder vernichtet innerhalb jeder der daran beteiligten Menschengruppen nicht die am wenigsten tüchtigen, sondern gerade die tüchtigsten Personen. Die in Gefahr sind, zu fallen oder geschädigt zu werden, sind die Kräftigsten und Mutigsten; die ohne Gefahr zu Hause bleiben, nicht geschädigt werden, sind durch die Rekrutierung als untauglich gekennzeichnet, ihre Körper- oder Geistesbeschaffenheit weist Mängel auf. Auf diese Weise wird den letzteren eine höhere Fortpflanzungsmöglichkeit geboten. Mit Recht sagt Professor Zandler*, daß je größer das Sieb der Musterung wird, um so mehr bleiben für die Fortpflanzung die körperlich Missetralen erhalten, ein Umstand, der für die Frage der Entartung nicht ohne Bedeutung ist. Zurück bleiben vor allem die Menschen mit Störungen der Sinnesorgane, und die Vererbungsforschung hat festgestellt, daß solche Störungen besonders leicht vererbbar, also auf die Nachkommen übertragbar sind. Dazu kommen dann noch die Männer mit körperlichen Mißbildungen und Mängeln, die ebenfalls zu einem großen Teil vererbbar

sind. Eine Ausnahme davon machen nur die während des Lebens des betreffenden Individuums entstandenen, nicht auf erblicher Veranlagung beruhenden Körpermängel. Endlich wäre noch die große Zahl der Schwächlinge zu erwähnen, deren Schwäche wohl teils auf widerwärtige Lebensverhältnisse zurückzuführen ist, teils aber auch in Vererbung begründet ist. Ferner ist es eine schon lange bekannte Tatsache, daß das Alter auf Kosten der Jugend heiratet und zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, daß im vorgerückten Alter gezeugte Nachkommen gewöhnlich schwächlich sind. Ausnahmen, die vorkommen, bestätigen nur die Regel.

Von jenen Männern, die Kriegsdienst leisten müssen, erleidet wohl nur eine Minderzahl den Tod. Von diesbezüglichen Schätzungen muß Abstand genommen werden. Bedeutend größer ist die Zahl derjenigen, die total oder teilweise invalid werden, sowie derjenigen, die im Kriege schwer erkranken und dadurch im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daseinstampfe benachteiligt werden. Rheumatischer, Herz- und Nierenkranker, Geschlechtskranker, Lungenkranker usw. gehören hierzu. Die verminderte Erwerbsfähigkeit dieser Invaliden und Kranken bringt eine nicht zu unterschätzende Einschränkung der Produktivität mit sich, und diese zwingt wieder zur Beschränkung des Nachwuchses, die so groß sein kann, daß sie eine biologische Schädigung bedeutet: Wenn die Zahl der Nachkommen, die zur Fortpflanzung kommen, geringer ist als die Zahl der Eltern und die Bevölkerungszahl rückgängig wird. Die Invalidität oder die Erkrankung einer Person ist zwar eine nicht auf die Nachkommen erblich übertragbare Schädigung, aber sie benachteiligt die Betroffenen wirtschaftlich und gesellschaftlich, was zur Folge hat, daß viele von ihnen von der Fortpflanzung ausgeschlossen bleiben. Die Wahrscheinlichkeit der Familiengründung ist bei diesen Menschen geringer geworden, zugleich hat sich für sie die Gefahr vergrößert, durch beschränkte Arbeitsfähigkeit leichter in Not und Elend zu geraten. Und Not und Elend stellen die erfolgreiche Aufzucht körperlich und geistig tüchtiger Nachkommen sehr in Frage.

Die Not, die im und nach dem Krieg auftritt, wirkt im gleichen Sinne wie Verkrüppelung und Erkrankung. Sie verschlechtert die Bedingungen der Hervorbringung und erfolgreichen Aufzucht von Nachkommen.

Ferner sprechen medizinische Autoritäten ersten Ranges (wie Professor Reiser, Professor Zandler und andere) davon, daß der Krieg eine starke Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten bringt. Die Folge davon ist, daß viele, die von solchen Krankheiten betroffen werden, nicht mehr fortpflanzungsfähig sind; denn es ist nachgewiesen worden, daß besonders Tripper die Fortpflanzungsfähigkeit aufhebt, häufig ist das auch bei Syphilis der Fall. Bei Syphilis ist allerdings die Ansteckung der Frau und dann die Ansteckung des noch ungeborenen Kindes durch die Mutter die Regel.

Professor Zandler sagt auch, daß während des Krieges die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung in die Höhe gegangen ist, namentlich in den Kriegsgebieten, sowie im Hinterlande die Sterblichkeit der Kinder.

Eine arge biologische Schädigung bedeutet der Geburtenrückgang, der vom Mai 1915 an stattfindet (neun Monate nach der Mobilisierung). In den beiden Jahren 1914 und 1915 gestaltete sich die Zahl der Geborenen in den Städten Berlin, Hamburg, Dresden und München wie folgt:

Table with 3 columns: City, 1914, 1915. Berlin: 39 052, 32 066. Hamburg: 23 457, 17 909. Dresden: 10 895, 8 521. München: 12 436, 10 162.

In Wien betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1912 noch 40 000, 1915 aber nur noch 29 000. Der Ausfall an Geburten ist in allen kriegführenden Staaten größer als der direkte Menschenverlust durch den Krieg. In Betracht kommt noch, daß dieser direkte Verlust fast durchweg einen Ausfall fortpflanzungsfähiger Männer bedeutet, der wieder einen Geburtenausfall nach sich zieht. Es ist sehr fraglich, ob sich die Ueberlebenden nach dem Krieg in einem so gesteigerten Maße fortpflanzen werden, daß die allgemeine Geburtenhäufigkeit wieder dieselbe Höhe erlangt, die sie vordem hatte. Außer den hier angeführten biologischen Gründen sprechen noch mancherlei wirtschaftliche Gründe gegen eine solche Annahme.

Es ist zu erwarten, daß nach dem Kriege von Seiten der Staaten verschiedene Maßregeln ergriffen werden, um die Schäden, die der Krieg in biologischer Beziehung bewirkte, wieder zu beheben. Diese Maßregeln werden vornehmlich sozialer Natur sein müssen. Mit neuen Strafgesetzen gegen Konzeptionsverhütung, Abtreibung usw. wird nicht viel zu erreichen sein.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

ssc. Vorsicht beim Anspitzen von Tintenstiften! Wohl wenige wissen, daß die Tintenstifte, die viel Verwendung finden, eine ziemlich große Gefahr für unser Sehorgan bilden. Es sind neuerdings eine ganze Reihe von Fällen bekanntgeworden, in denen beim Anspitzen von Tintenstiften kleine Teilchen des Stiftes ins Auge drangen und dort zu den heftigsten Erkrankungen führten. Das besonders Bedenkliche dabei ist, daß die Verletzungen anfänglich so gut wie keine Schmerzen verursachen, also nicht weiter beachtet werden. Nachdem der Betreffende zunächst das Gefühl eines kleinen Fremdkörpers im Auge hat, verlieren sich gewöhnlich auf 24 Stunden alle Erscheinungen. Das Stifteilchen wandert dabei in den Bindehautsack und wird dort zunächst von einer kleinen Cyste eingekapselt. Später werden die Wände der Cyste zerstört und der Farbstoff (Methylviolett) dringt nun ins Blut, heftige mit Eiterungen verbundene Entzündungen, die zum brandigen Zerfall der Gewebe führen, hervorruft. In der „Münchner Medizinischen Wochenschrift“ teilt Professor Dr. Hans Dloff, Oberarzt der Augenabteilung,

verschiedene solcher Fälle mit, in denen die Verletzten teilweise wochenlang krank waren. Im schwersten Falle war der Betreffende sechs Monate lang in augenärztlicher Behandlung, um schließlich mit einer fast völlig zerstörten Sehkraft des einen Auges entlassen zu werden. Der Methylfarbstoff hatte hier nicht nur eine Bindehaut-, sondern auch eine heftige Regenbogenhauterkrankung erzeugt. Der Fall wäre jedenfalls viel leichter verlaufen, wenn eine richtige Behandlung frühzeitiger eingesetzt hätte. So aber war der Verletzte von dem jungen Internisten, der die Sache als nicht gefährlich ansah, in den Schützengraben geschickt worden, wo er bald von heftigen Augenschmerzen, verbunden mit Vidanschwellung und Lichtscheu befallen wurde. Die richtige Behandlung, in die er nun kam, konnte nicht mehr viel retten, da der Giftstoff schon zu tief in die Gewebe eingedrungen war. Professor Dr. Dloff empfiehlt nach Eindringen von Tintenstifteilchen in das Auge, was sich meist nach kurzer Zeit durch intensive Blauviolett-Färbung des Augapfels zu erkennen gibt, sofort Ausspülungen vorzunehmen, nachdem eventuell das Stifteilchen mittels Pinzette aus dem Bindehautsack entfernt worden ist. Hat sich das Methylviolett bereits den Geweben mitgeteilt, so ist die entzündete Stelle mit dem scharfen Löffel wegzunehmen, damit der Farbstoff nicht weiter dringen kann. In ganz frischen Fällen hat sich auch Entzündung von fünf- bis sechszehntägiger Linderung bewährt, durch den das Methylviolett neutralisiert wird. Dies ist natürlich nur wirksam, solange der Farbstoff nicht ins Blut gedrungen ist.

Verksamlungsanzeiger.

- Dienstag, den 5. September: Langensalza: Nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — Spremberg: Bei Rohdes, Pfortenstr. 14. Mittwoch, den 6. September: Flottbek: Abends 8 1/2 Uhr bei D. Baumann, Dodenhuden. — Schwerin: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Graf-Schad-Strasse. Freitag, den 8. September: Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, den 9. September: Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße. Sonntag, den 10. September: Landshut i. B.: Im Gasthaus „Zum Rainer“, Altstadt.

—*— Anzeigen. —*—

Zahlstelle Hamburg u. Umg. Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr präzis: Zahlstellen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, oberer Saal, 1. Etage.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Unsere Zahlstelle im ersten Halbjahr 1916. 3. Ausbau unseres Arbeitsnachweises. 4. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Pünktliches sowie vollständiges Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ist notwendig. Die Mitglieder der Bezirke können an dieser Versammlung gemäß § 2 Absatz 1 des Regulativs unserer Zahlstelle mit beratender Stimme teilnehmen. [M. 1,70] Der Vorstand.

Verkehrslotale, Berbergen usw.

- (Jahresrate unter dieser Aufschrift bis zu drei Zeilen kosten M. 5, jede weitere Zeile M. 2 mehr. Freie Exemplare werden nicht verabsolgt.) Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelauer 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Rollebaum“, Brückauer Straße 153, 1. Et., Zimmer 15. Gerberge das Verkehrslokal: Volkshaus und „Mauische Bierhalle“, Gaimstr. 41. Zureichende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umsehen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7 1/2 Uhr. Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Gerberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 22. Zureichende und arbeitstüchtige Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umsehen verboten. Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Befenbindehof 56, Hinterhaus, 1. Stoc. Telefon: Gr. 6, 4236. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mittelungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgeg. sind hier zu melden. Zureichende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umsehen, sich im vorstehend benanntgebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabsolgt. Hamburg-Eimsbüttel. Albert Lemde, Verkehrslokal, BelleAlliancestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentralverantastelle. Telefon: Gr. 6, 2782. Hamburg-Rathenburgsdort. Bezirk 6. Verkehrslokal bei S. Drüger, Streifenstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen. Hamburg-Weddel. Bezirk 6. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Weddeler Markt 41. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr bei Drüger, Rathenburgsdort. Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Feinr. Schulz, Markt 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat. Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4. s., 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis vorstehend. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitsloste haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden. München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pieselsplatz 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stoc. Telefon 51030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralberberge: Am Glodenbach 10. Wilhelmshaven u. Umg. Bureau: Rüstringen, Rüstringer Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sebensaffer. — Bezirk Barel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.

* „Krieg und Bevölkerung“. Wiener klinische Wochenschrift, 1916. Heft 15.